

IHK-Vollversammlung

27. Juni 2023 | Feldkirchen-Westerham

Protokoll



**Sitzung der Vollversammlung
der IHK für München und Oberbayern
am Dienstag, 27. Juni 2023, 15:00 – 18:00 Uhr
IHK-Akademie
Feldkirchen-Westerham**

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Bericht des Präsidenten

TOP 3 Aktuelles aus den Regionen

TOP 4 Politische Themen / Gesamtinteressenvertretung

- 4.1 IHK-Position: Schaffung von Wohnraum
 - 4.2 DIHK-Position: StromPartnerschaft für wettbewerbsfähige Preise und schnelleren EE-Ausbau
 - 4.3 DIHK-Position: Perspektiven für die Energieversorgung 2030
 - 4.4 DIHK-Position: Die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern – Leitlinien für einen starken Wirtschaftsstandort
-

TOP 5 Selbstverwaltung: Änderung der IHK-Satzung – Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger

TOP 6 Jahresabschluss 2022 der IHK

- 6.1 Bericht über die Interne Revision und die Rechnungsprüfung
 - 6.2 Feststellung des Jahresabschlusses
 - 6.3 Beschluss über die Ergebnisverwendung
 - 6.4 Entlastung des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers
-

TOP 7 Bericht über den Jahresabschluss 2022 der IHK Akademie gGmbH

TOP 8 Bericht der Geschäftsführung

TOP 9 Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Klaus Lutz eröffnet die hybride Sitzung der IHK-Vollversammlung um 15:06 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung nach § 5 Absatz 5 der IHK-Satzung fest, da mit 47 Personen in Präsenz und 18 im virtuellen Raum die Mehrheit der Mitglieder vertreten ist.

Klaus Lutz erinnert eingangs an die Gedenkfeier der IHK vom 17. Mai für die an einem plötzlichen Herztod verstorbene Bereichsleiterin Dr. Tina Emslander. Er würdigt sie als wertvolle Ratgeberin insbesondere zu Beginn seiner Präsidentschaft. Die Anwesenden erheben sich zum stillen Gedenken.

Ein herzliches Willkommen zurück in der Runde richtet Klaus Lutz an Otto Heinz, der krankheits- und behandlungsbedingt zuletzt nicht aktiv an Sitzungen teilnehmen konnte, nun aber geheilt zurück auch im Kreise der Vollversammlung sei.

Klaus Lutz gratuliert Carola von Peinen zum 10-jährigen Jubiläum der Personalagentur Talents4good, Karin Elspeger zum 25-jährigen Jubiläum der Agentur Elspeger und Dominik Biersack zum 75-jährigen Jubiläum der Biersack Firmengruppe.

Weiterhin gratuliert Klaus Lutz Georg Dettendorfer zur einstimmigen Wiederwahl als Vorsitzender des DIHK-Verkehrsausschusses, Andreas Eisele zur Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des neu gebildeten Bau- und Immobilienausschusses bei der DIHK sowie Eva Vesterling zur Wahl in den Bundesvorstand des Verbandes „Die Familienunternehmer“.

Die Sitzungseinladung wurde am 22. Februar versandt. Bis zum 2. März wurden alle Unterlagen vollständig auf die Ehrenamtsplattform gestellt. An der Ordnungsmäßigkeit der Einladung werden keine Zweifel geäußert. Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.

Silke Reidl erläutert das Online-Abstimmungstool VOTR und erläutert die organisatorischen Details zu Wortmeldungen in Präsenz und im hybriden Raum. Die Tagesordnung wird mit **53 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen** genehmigt.

TOP 2 Bericht des Präsidenten

Klaus Lutz berichtet, dass zunehmende Produktionsverlagerungen ins Ausland nicht nur aus Kosten-, sondern auch aus Finanzierungsgründen veranlasst würden. In Deutschland würden beispielsweise die EU-Regeln zu Sustainable Finance strenger als andernorts ausgelegt, was Bankfinanzierungen mindestens verteuere, mithin auch ausschließe.

Als wertvollen Mitstreiter im Themenkomplex Digitalisierung adressiert Klaus Lutz den Vorsitzenden der Geschäftsführung von Giesecke + Devrient, Dr. Ralf Wintergerst, und begrüßt dessen Wahl zum Präsidenten des wichtigen IT-Verbandes Bitkom e.V. sehr.

In seinem Rückblick auf absolvierte Veranstaltungen hebt Klaus Lutz hervor, dass zielführende Kommunikation mit der Politik sich nicht in Kritik alleine erschöpfen darf, sondern immer auch konstruktiver Lösungsvorschläge bedarf. Auf dieses Zusammenspiel von Kritik und besseren Lösungen lege die IHK schon bislang und auch künftig besonderes Augenmerk. Als positives Beispiel eines solchen konstruktiven Austauschs nennt er das Abendessen im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz unter bayerischem Vorsitz, in dem er die Agenda 2010 des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder als ein für die Wirtschaft damals ebenso notwendiges wie hilfreiches Konzept herausgestellt habe.

Ebenfalls als geeignetes Instrument zum Austausch verschiedener Positionen wertet Klaus Lutz die der Vollversammlung unmittelbar vorangegangene Fishbowl-Diskussion, in der der Dreiklang der Nachhaltigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, der immer auch Zielkonflikte bei konkreten Sachverhalten verursacht, beleuchtet wurde. Der Präsident dankt den Mitwirkenden für ihre Unterstützung und stellt in Aussicht, Diskussionsformate verschiedener Art in der IHK weiterhin zu unterstützen, denn der offene, konstruktive Austausch sei essenziell für die IHK-Meinungsbildung. Ebenso dankt er den Vorsitzenden der Regionalausschüsse für deren wertvolle Hinweise zu den verschiedenen regionalen Strukturen, ohne die eine basisorientierte IHK-Arbeit überhaupt nicht möglich sei.

Das Protokoll der Fishbowl-Diskussion befindet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

TOP 3 Aktuelles aus den Regionen

Peter Kammerer berichtet über die Standortumfrage zum Standort Oberbayern, deren Ergebnisse am Tag der Vollversammlung veröffentlicht werden und die der IHK München als Grundlage für den Dialog mit der Politik vor Ort in den Kommunen diene. Im Vergleich zur letzten Befragung im Jahr 2019 haben sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens sehr stark verändert. Die Antworten deckten sich hinsichtlich des Verhältnisses zwischen zufriedenen und kritischen Rückmeldungen mit den aktuellen BIHK-Konjunkturbefragungen. Die Top-Handlungspunkte seien Bürokratieabbau, Fachkräftemangel, Personalkosten und Energiepreise. Die beste Gesamtnote habe mit 1,8 die Landeshauptstadt München erzielt, wobei die Regionen-Auswertung nicht als Ranking zu verstehen sei.

Anschließend berichtet Peter Kammerer über den Besuch von Ministerpräsident Söder im Holzwerk Obermeier in Schwindegg, dessen Thema u.a. die Innovationsachse A94 war. Die Resolution des Regionalausschusses Mühldorf-Altötting zu einer risikobasierten Regulierung von Fluorpolymeren und der Verhinderung einer Schließung der Firma Dyneon im Chemiepark Gendorf habe der Ministerpräsident zustimmend aufgenommen.

Zum Kongresshaus in Garmisch-Partenkirchen berichtet Peter Lingg. Der im Frühjahr erfolgte Bürgerentscheid ergab eine knappe Mehrheit für den Vorschlag zur Sanierung. Die IHK sowie weitere vier örtliche Wirtschaftsverbände hatten dagegen den Vorschlag eines Neubaus jeweils einstimmig in ihrer Rolle als legitimierte Interessenvertretung unterstützt.

Klaus Bauer stellt die App „Mitfahren im Oberland“ vor, ein Echtzeitsystem mit hoch technologisierten Möglichkeiten zur Fahrtenbuchung. Unternehmen im Bereich Weilheim

seien bereits unter den Nutzern und leisten damit einen Beitrag, durch gemeinsame Anfahrten der Beschäftigten zum Arbeitsplatz CO₂ einzusparen. Durch ein IHK-Forum der Regionen Weilheim-Schongau, Miesbach, Bad-Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen wurde die Nutzungsregion noch erweitert. Bei einer erfolgreichen Umsetzung sei eine weitere Öffnung denkbar.

Über das gemeinsame Dialoggespräch mit der IHK Schwaben zur B16 als leistungsfähige Querverbindung großer Wirtschaftsräume in Schwaben, Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz am 21. März 2023 berichtet Franz Schabmüller. Darin seien Forderungen aus einem 2021 erstellten Positionspapier erneut gegenüber der Politik bekräftigt worden. Einer Gesprächsbitte einer Bürgerinitiative gegen den Ausbau unmittelbar vor der Landtagswahl in Bayern sei nicht entsprochen werden, um nicht politisch instrumentalisiert zu werden. Ein solches Gespräch sei von den IHKs für einen Zeitpunkt nach der Wahl vorgeschlagen worden.

Florian Schardt berichtet, dass im Regionalausschuss des Landkreises München die Idee entstand, ein KI-Speed-Dating zu organisieren, bei dem Angehörige beider Gruppen miteinander ins Gespräch kommen sollten, um eine Zusammenarbeit auszuloten. Im Rahmen von Pitches und Speeddating fanden alle vier teilnehmenden etablierten Industrieunternehmen ein Startup, das sie bei der Umsetzung eigener Vorhaben unterstützen könne.

TOP 4 Politische Gesamtinteressenvertretung

TOP 4.1 IHK-Position: Schaffung von Wohnraum

Peter Kammerer stellt die Brisanz der Wohnraum-Problematik sowie den Einbruch im Immobiliensektor heraus. Durch rasant steigende Zinsen sowie Bau- und Energiekosten seien die Nachfrage und schließlich auch die Investitionen in der Branche extrem zurückgegangen. Das Thema sei gesamtwirtschaftlich relevant, da insbesondere für die benötigten Arbeitskräfte bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden müsse. Daher brauche es Rahmenbedingungen, die Fragen rund um die Ausweisung von Bauland, Baukostensteigerungen, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Förderungen verlässlich regeln. Der Federführer-Ausschuss Immobilienwirtschaft habe daher die vorliegende Position erarbeitet und in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Steuern und Finanzen einige Änderungsvorschläge umgesetzt, die dem Präsidium erläutert und zum Beschluss vorgelegt wurden. Um die beinhalteten Themen noch im Diskurs im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl zu adressieren, sei es wichtig, das Papier in der heutigen Sitzung zu beschließen.

In diesem Zusammenhang weist Peter Kammerer darauf hin, dass voraussichtlich im Herbst 2023 die Grunderwerbssteuer Anpassungen erfahren werde. Ihre Ausgestaltung werde vermutlich in Länderverantwortung fallen, um die in Deutschland heterogene Immobilienmarkt-Situation berücksichtigen zu können. Da sich das vorliegende Papier vor allem mit Wohnungsneubau befasse, werde – auch nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden

des Immobilienausschusses, Andreas Eisele – im Herbst das Thema Wohnungsbestand separat adressiert.

Sven Keussen unterstreicht, dass die Befassung mit dem Thema Wohnungsbestand ebenso wichtig und sinnvoll sei wie die Positionierung zum Neubau.

Ingo Schwarz merkt an, dass die geplante Umwidmung von Büroflächen in Wohnraum sowie ggf. Immissionsschutzvorgaben bei der Findung einer IHK-Position zum Baubestand bedacht werden müssen. Hierzu benötige es Vorschläge. Peter Kammerer entgegnet, dass die Änderung der Lärmschutzverordnung bereits im vorliegenden Papier gefordert werde.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 51 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen: Dem IHK-Positionspapier „Schaffung von Wohnraum“ wird zugestimmt.

Manfred Gößl bezeichnet das Thema Wohnen als *die* soziale Frage unserer Zeit. Die Fertigstellung von Wohngebäuden werde in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Aufgrund diverser Regulierungen auf EU- und nationaler Ebene kommen erheblich wachsende Kosten auf Vermieter und Mieter, aber auch auf Eigenheimbesitzer zu, sodass mangels Rendite der Wohnungsbau mittelfristig an Attraktivität verliere. Auch hier zeige sich der angesprochene Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeitsbestrebungen und sozialgerechter Verteilung der daraus entstehenden Kosten. Kein Politiker hat eine Antwort auf die Frage, wo die politisch gewünschten und unternehmerisch so dringend benötigten Arbeitskräfte-Zuwanderer bei uns wohnen sollen. Kurzum sei vorerst eine Verschlechterung der Verfügbarkeit von Wohnraum zu erwarten, bevor sich eine Verbesserung einstellen werde.

Werner Mooseder bestätigt die Aussagen von Manfred Gößl und vergleicht den Wohnungsbau mit einem zähen Tanker, der zuletzt durch den Staat stark ausgebremst wurde. Deshalb werde es dauern, bis der Tanker wieder Schwung aufnehmen könne. Auch wenn Baustoffe wieder lieferbar seien, wandere das benötigte Personal in Baufirmen zunehmend in andere Länder ab.

TOP 4.2 DIHK-Position: StromPartnerschaft für wettbewerbsfähige Preise und schnelleren EE-Ausbau

Manfred Gößl betont eingangs, dass es sich um einen Vorschlag handele, der die Preisfrage des Stroms in den Blick nehme und aus der Perspektive der Gesamtwirtschaft formuliert sei.

Der Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sehe einen Brückenstrompreis von 6 Ct./kWh für 80 Prozent des Verbrauchs vor, der bis 2030 befristet und auf jene stromintensiven Sektoren beschränkt sei, für die die „Besondere Ausgleichsregelung“ (BesAR) greift. Nur ein kleiner Kreis von Betrieben, vielleicht 1.000 bis 2.000, könnten dann davon profitieren. Zusätzlich müssten die begünstigten Betriebe Verpflichtungen eingehen, wie etwa eine Transformationsverpflichtung, eine Standortgarantie oder auch Tariftreue. Zur internationalen Einordnung: Für energieintensive Wertschöpfung kann in Frankreich begrenzt auf ein Kontingent zu Preisen von etwas über 4 Ct./kWh zugegriffen werden. In

China und in den USA läge der Strompreis für die Industrie zum Teil deutlich unter der Schwelle von 4 Cent und werde auch langfristig in dieser Höhe garantiert.

Günstiger Strom nur für eine kleine Gruppe bilde nicht das Gesamtinteresse der Wirtschaft ab, so Gößl weiter. Deshalb brauche es unbedingt auch eine Ausweitung des Angebots an erneuerbarem Strom durch Investitionszuschüsse an EE-Anlagenbetreiber, die Direktstromlieferverträge mit der Wirtschaft schließen. Laut DIHK könnten so etwa 50 Gigawatt erneuerbare Energien vorgezogen werden durch erhöhte Planungssicherheit und sich der Strompreis für die Abnehmer zwischen 3,5 und 4 Ct./kWh reduzieren. Außerdem müssten jetzt endlich für alle Stromverbraucher die Zusatzbelastungen aus Steuern und Umlagen auf das rechtlich erlaubte Mindestmaß abgesenkt werden. Im Gesamtpaket könne der Strompreis auch für den Mittelstand um 6-7 Ct./kWh sinken. Das Gesamtpaket von Brückenstrompreis, StromPartnerschaft und Steuer-/Umlagereduzierung lege die IHK der Vollversammlung zur Beschlussfassung vor.

Ingo Schwarz bittet darum, dass im Falle des Annehmens dieses Vorschlags durch die Politik die IHK die Umsetzung aktiv begleite. Außerdem bestehe die Gefahr der mutwilligen Trennung von IHK und BDI, da letzterer traditionell eher größere Unternehmen vertrete – die IHK möge sich jedoch um einen Schulterschluss bemühen.

Manfred Gößl berichtet über die bereits erfolgte Auslotung des Standpunkts verschiedener Interessenverbände. Auch der BDI fordere neben einem Industriestrompreis die Senkung von Stromsteuer und -umlagen.

Eduard Kastner rechnet vor, dass trotz der erzielten Senkungen von 6-7 Ct./kWh der Endpreis nach Netzentgelten je nach Stromtarif weiterhin etwa 25 Cent betrage, was immer noch zu teuer sei. Die Eigenstromerzeugung solle sinnvollerweise abgabefrei sein. Manfred Gößl begrüßt diesen Vorschlag. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass infolge des drastischen Ausbaus von Übertragungs- und Verteilnetze mit dreistelligen Milliardenkosten in mittlerer Höhe für Deutschland zu rechnen sei, die finanziert werden müssen.

Franz Schabmüller betont, dass Regulierungen dem Fortschritt im Weg stünden. Der Bau von Solaranlagen auf dem Dach des Firmengebäudes sei schwer möglich, wenn sich das Gebäude im Besitz anderer Personen befinde. Zudem erschwerten hohe Anschlusskosten für die Anlage die Investition. Für ihn sei unklar, warum auf den Gaspreis 7 Prozent Umsatzsteuer und auf Strom 19 Prozent anfielen. Klaus Lutz erinnert daran, dass die Senkung der Steuern rund um den Stromverbrauch seit jeher eine Forderung der IHK München sei.

Georg Dettendorfer warnt davor, Mehrkosten der Energiewende über die LKW-Maut zu finanzieren, da die Einnahmen für den Ausbau von Straße und Schiene benötigt würden.

Nach Ansicht von Thomas Dittler sei die geplante Subventionierung von nur 80 Prozent des Verbrauchs im Vergleich mit einem Bezugsjahr sinnhaft, da Einsparanreize gesetzt würden und eine Kurve entstünde, die im Jahr 2030 die Subventionen hinfällig werden ließen.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 49 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen: Dem Positionspapier „StromPartnerschaft für wettbewerbsfähige Preise und schnelleren EE-Ausbau“ wird zugestimmt.

TOP 4.3 DIHK-Position: Perspektiven für die Energieversorgung 2030

Manfred Gößl erinnert an die in den Sondersitzungen 2022 verabschiedete Position „Energiepreise auf Rekordniveau: Notfallmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung“. Die DIHK habe unter Mitwirkung der IHK München mit dem vorliegenden Papier eine Aktualisierung dieser Maßnahmenforderungen veröffentlicht. Es werde empfohlen, das DIHK-Papier direkt für die IHK München zu übernehmen. Unter anderem fordere es den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien, die bessere Nutzung heimischer Potenziale, den Einsatz von Brückentechnologien, einen beschleunigten Infrastrukturausbau, die Steigerung der Energieeffizienz, das Vorantreiben des Einsatzes von Wasserstoff, die Förderung von Innovationen und kürzere Abschreibungsfristen.

In der Präsidiumssitzung war auf Anregung von Florian Schardt eine Ergänzung vorgenommen worden, die gegenüber dem gesamtdeutschen Vorschlag die Bedeutung von Wasserkraft, Geothermie und Biomasse gerade für Bayern hervorhebt und betont, dass es sich bei diesen Technologien nicht lediglich um Brückentechnologien handeln solle.

Peter Lingg erkundigt sich, ob die Frage um Betrieb bzw. Abschaltung der Kernkraftwerke aus dem letzten Winter damit endgültig entfalle. Manfred Gößl antwortet, dass sich in der aktuellen Ampel-Konstellation keine Mehrheit für ein Wiederhochfahren der drei zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke abzeichne. Erschwerend komme hinzu, dass die Gasversorgung auch im kommenden Winter nicht gesichert sei. Laut Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, seien die Temperaturen und die Gas-Lieferbereitschaft Russlands nach Österreich und Südosteuropa für Deutschland relevant. Komme ein langer kalter Winter in Verbindung mit einem Gaslieferstopp von Russland, bestünde die Wahrscheinlichkeit einer regionalen Gasmangellage. Denn dann müsse Deutschland auf Basis der Solidarregelung bei Knappheit in anderen EU-Ländern aushelfen und dann ginge die Versorgung der Privathaushalte in den Ländern mit Gasmangel vor eine Versorgung der hiesigen Wirtschaft.

Eduard Kastner schlägt vor, den Punkt „Innovationen erleichtern“ um den Zusatz „, z.B. free energy“ zu ergänzen, da es die Möglichkeit gäbe, sehr günstigen Strom zu erzeugen, der für die Zukunft entscheidend sei. Manfred Gößl entgegnet, die Aufnahme eines nicht mit den Ausschüssen abgestimmten Zusatzes, der spontan technisch nicht bewertet werden könnte, sei nicht anzuraten; der Hinweis würde gern für die zukünftige IHK-Arbeit aufgenommen. Eduard Kastner sagt zu, Informationen per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

Georg Dettendorfer merkt an, dass Wasserstoff erst zum Ende des Jahrzehnts zur Verfügung stünde. Klaus Lutz und Manfred Gößl ergänzen, dass nun in Kufstein Wasserstoff produziert würde, für den jedoch keine Abnehmer gefunden würden, da er viel zu teuer sei, wie hunderte Unternehmen der Region bis nach Rosenheim in einer Umfrage angegeben hätten. Trotz technischer Perfektion sei die Technologie wirtschaftlich sinnlos.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 52 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen: Dem Positionspapier „Perspektiven für die Energieversorgung 2030“ wird zugestimmt.

TOP 4.4 DIHK-Position: Die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern – Leitlinien für einen starken Wirtschaftsstandort

Manfred Gößl erklärt, dass das vorliegende Papier zehn prägnante Punkte enthalte, die im Vorfeld der Europawahl 2024 in die Debatte eingebracht werden sollen. Das DIHK-Präsidium hatte das Papier am 21. Juni einstimmig beschlossen.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 54 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen: Dem Positionspapier „Die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern – Leitlinien für einen starken Wirtschaftsstandort“ wird zugestimmt.

TOP 5 Selbstverwaltung: Änderung der IHK-Satzung – Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger

Beate Ortlepp erläutert, dass die IHK für München und Oberbayern aus Gründen der Modernität, Ressourcenschonung und Effizienz plane, zukünftig ihre Rechtsvorschriften, beispielsweise die Satzung oder die Gebührenordnung, im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Personenbezogene Informationen ohne Rechtswirkung, wie die Bekanntgabe von Ausschussmitgliedern, die vorrangig von regionaler Bedeutung seien, werden weiterhin im IHK-Magazin veröffentlicht. Die Veröffentlichung von Informationen rund um die Wahlen wird weiterhin auf der Website erfolgen.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 52 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung: Der Satzungsänderung – wie in der Beschlussvorlage aufgeführt – wird zugestimmt.

TOP 6 IHK-Jahresabschluss 2022

Reinhard Häckl, ehrenamtlicher Rechnungsprüfer, stellt zu Beginn den Bericht zur Internen Revision vor, die seit 2016 zusätzlich zur Rechnungsprüfung durchgeführt werde und seit 2021 durch KPMG erfolge. Die Prüfung fand von November 2022 bis April 2023 statt, der Ergebnisbericht sei am 27. April 2023 im Rahmen des Abschlussgesprächs mit der Rechnungsprüfungsstelle vorgestellt worden. Am Abschlussgespräch haben als Vertreter des Ehrenamts die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer Andreas Bensegger und Reinhard Häckl, als Vertreter der Rechtsaufsicht: Ekin Baburhan und Michaela Bauswein, von der Rechnungsprüfungsstelle Jürgen Fahlbusch (Prüfungsleiter) und Martin Heinz (Geschäftsführer) und als Vertreter des Hauptamts Dr. Manfred Gößl, Florian Horn, Michael Jurenic, Benedikt Loesti und Denny Fankhänel teilgenommen.

Prüfungsschwerpunkte seien Reise-, Verpflegungs- und Bewirtungskosten, erlaubnispflichtige Tätigkeiten nach § 34c GewO, die Nachschau zu Beschaffungen und die

Nachschau zur Fördermittelverwaltung gewesen. Es habe keine wesentlichen Feststellungen gegeben.

Vor- und Hauptprüfung der Rechnungsprüfung seien im Dezember 2022 bzw. im Februar 2023 abgeschlossen worden. Der schriftliche Prüfungsbericht läge vor. Prüfungsschwerpunkte waren u.a. Beschaffungen durch den Hauptgeschäftsführer sowie bei Dauerschuldverhältnissen und Rahmenverträgen, Bewertung von Pensionsrückstellungen, Beitragserhebung / Realisation von Beiträgen und das Follow-up zum IT-Audit. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss erteilt. Aus Sicht der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer stehe der Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer nichts entgegen.

Schatzmeisterin Renate Waßmer stellt den Jahresabschluss vor, der im Haushaltsausschuss sowie im Präsidium bereits eingehend besprochen worden sei und wo keinerlei Beanstandungen festgestellt worden seien.

Insgesamt schließe das Geschäftsjahr mit einem Bilanzergebnis in Höhe von Mio€ 46,6 ab. Damit könne die für das Jahr 2023 beschlossene sowie eine für 2024 vorgesehene Beitragsreduzierung finanziert werden.

Mit Blick auf die Bilanz reduziere sich das Anlagevermögen abschreibungsbedingt, die Liquidität sei ergebnisbedingt angestiegen. Infolge angepasster Gehalts- und Rententrends habe sich auch die Pensionsrückstellung erhöht, hier handele es sich aber um ein bereits vor zwanzig Jahren geschlossenes System. Der Bilanzgewinn 2022 setze sich aus dem Ergebnisvortrag des Vorjahres (Mio€ 15,3), der Auflösung der sog. Haushaltsmittelrücklage infolge ausreichender Liquiditätsvorsorge zum Stichtag 31.12.2022 (Mio€ 14,2) sowie einem laufenden Geschäftsergebnis von Mio€ 17,1 zusammen.

Der gesonderte Haushalt „Wirtschaftshilfen“ weise wie immer ein ausgeglichenes Jahresergebnis auf, da sämtliche Kosten der Administration vom Bayerischen Wirtschaftsministerium erstattet würden. Der Anstieg im Aufwandsvolumen gegenüber 2021 sei insbesondere dadurch bedingt, dass in der ersten Jahreshälfte 2021 bis zu 200 Landesbeamte ohne Rechnungsstellung unterstützt hätten, die bei gleichbleibender bis gesteigener Komplexität vor allem durch externe Dienstleister abgelöst worden seien. Ein Anstieg des Personalaufwands gegenüber dem Nachtrag 2022 sei infolge des Aufbaus zusätzlichen Experten- und Koordinierungspersonals, zum Ausgleich stetig steigender Komplexität und zur Gewährung der ersten Tranche der Inflationsausgleichsprämie entstanden. Der variable Sachaufwand liege unter dem Nachtrag 2022, da das Abrechnungsvolumen der Dienstleister leicht hinter den Erwartungen der Planung zurückgeblieben sei.

Die geplante Beitragsminderung im Jahr 2022 in Form der Umlagereduzierung von 0,149 auf 0,129 und der Absenkung der Grundbeiträge um etwa 2 Prozent hätten wegen überplanmäßiger Vorauszahlungen nur zu einer Abschmelzung der Beiträge von Mio€ -1,5 geführt. Dieser Effekt sei durch Spitzenabrechnungen aus Vorjahren überkompensiert worden (Umlagen Mio€ +7,0 und Grundbeiträge Mio€ +1,0).

Die Gebührenerträge seien im Vorjahresvergleich nahezu unverändert geblieben, wobei rückläufige Teilnehmerzahlen durch unterjährige Gebührenerhöhungen kompensiert worden seien. Die Planunterschreitung sei auf rückläufige Teilnehmerzahlen zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Erträge im Vorjahresvergleich seien durch höher als geplante Neuvermietungen und Mietpreisanpassungen bedingt.

Die Personalaufwendungen bewegten sich fast auf Planniveau mit einem deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr, bedingt durch einen deutlich angestiegenen Personalbestand (Rückkehrer aus den Wirtschaftshilfen), unterjährige Lohnerhöhungen (1,7 %) sowie der ausgezahlten ersten Tranche der Inflationsausgleichsprämie und der Erhöhung des Gehalts- und Rententrends auf jeweils 3,0 % bei den Pensionsverpflichtungen.

Einsparungen beim variablen Sachaufwand seien infolge nicht fortgeführter coronabedingter Hygienemaßnahmen und rückläufiger Anzahl an Prüfungen entstanden.

Deutliche Planunterschreitungen beim sonstigen Aufwand seien bedingt durch eine Beitragsrückerstattung der DIHK für 2021, die Aufwandsabgrenzung von IT-Neuentwicklungen (OZG und Kerndatenmanagement) sowie Einsparungen laufender IT-Kosten und IT-Projektkosten infolge des IT-Sicherheitsvorfalls im Sommer 2022.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 50 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung: „Im Finanzplan 2022 werden Mehrauszahlungen für Notebooks/Ultrabooks von 43.004,05 EUR sowie die pauschal und nicht als Einzelinvestitionen geplanten Auszahlungen in das Sachanlagevermögen von 83.280,24 EUR und in das immaterielle Anlagevermögen von 13.587,74 EUR nachträglich genehmigt.“

Auf die Rückfrage aus der Vollversammlung, was passiere, wenn die Nachgenehmigungen nicht verabschiedet würden, antwortet Florian Horn, dass dieser Fall bis dato noch nie aufgetreten sei, man aber in einem solchen Fall natürlich bemüht sei, nach entsprechender Erläuterung der Hintergründe der Nachgenehmigung ein positives Votum herbeizuführen. (Nachtrag: Der Jahresabschluss selbst wäre bei fehlender Nachgenehmigung nicht tangiert.)

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 46 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen: Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 wird wie vorgelegt mit einem Bilanzgewinn von 46.568.045,89 EUR gemäß § 17 Abs. 3 Finanzstatut festgestellt.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 49 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung: Der Bilanzgewinn von 46.568.045,89 EUR wird gemäß § 15a Abs. 3 Finanzstatut vollständig auf neue Rechnung vorgetragen, um in Höhe des geplanten Vortrags von 35.781.503,00 EUR sowie in Höhe der Planüberschreitung (10.786.542,89 EUR) die für das Jahr 2023 beschlossene sowie für das Jahr 2024 vorgesehene Beitragsreduzierung zu finanzieren.

Beschluss: Der Antrag von Vollversammlungsmitglied Petra Goeckel, das Präsidium und den Hauptgeschäftsführer zu entlasten, erhält **49 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen.**

Nach Bericht der aus ihrer Mitte gewählten Rechnungsprüfer erteilt die Vollversammlung Präsidium und Hauptgeschäftsführer für das Geschäftsjahr 2022 die Entlastung.

TOP 7 Bericht über den Jahresabschluss 2022 der IHK Akademie gGmbH

Die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Kathrin Wickenhäuser-Egger berichtet über den Jahresabschluss der IHK Akademie gGmbH. Erfreulicherweise habe sich der Weiterbildungsmarkt in Oberbayern 2022 – nach den schwierigen Corona-Jahren 2020 und 2021 – merklich erholt, seit dem Frühjahr haben Weiterbildungsveranstaltungen auch wieder in Präsenz geplant und durchgeführt werden können. Im Firmenkundengeschäft seien deutliche Umsatzsteigerungen erreicht worden, die Erlöse der Tagungsstätte Westerham hätten mit einer Umsatzverdopplung zum Vorjahr wieder Vor-Corona-Niveau erreicht.

Bei den abschlussorientierten Aufstiegsfortbildungen (Meister, Betriebswirte, Fachwirte) sei die Nachfrage in etwa auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Da Online-Formate weiter stark nachgefragt würden, würden die meisten Lehrgänge mit der Wahl zwischen Präsenz- und Live-Online-Formaten angeboten. Insgesamt seien 1.260 Lehrgänge und Seminare mit 14.600 Teilnehmern durchgeführt worden.

Das Kundenfeedback zeige eine hohe Zufriedenheit mit der angebotenen Qualität. Die Qualitätsziele bei Trainerleistungen (Ziel: 1,9) und Praxisnutzen der Lehrgänge (Ziel: 1,8) seien erreicht worden. Das Jahresergebnis sei mit einem Überschuss von 924 TEUR positiv. Nach Ergebnisverwendung verbliebe ein Bilanzverlust von 353 TEUR. Hier wirke sich vor allem noch der hohe Jahresfehlbetrag aus dem Corona-Jahr 2020 (1,6 Mio. EUR) aus.

Eine Prognose für 2023 sei aufgrund der labilen konjunkturellen Lage schwierig. Die Geschäftsentwicklung der ersten sechs Monate erlaube jedoch einen vorsichtig optimistischen Blick. Die Umsätze seien derzeit stabil und weisen vor allem im Seminarbereich weiter nach oben.

TOP 8 Bericht der Geschäftsführung

Im Bericht der Hauptgeschäftsführung bewertet Manfred Gößl zunächst das einige Tage zuvor beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz als Fortschritt, jedoch nicht als Durchbruch. Sinnvolle Faktoren wie Berufserfahrung, Bezug zum Zielland und das von IHK geforderte Punktesystem seien berücksichtigt worden. Hinsichtlich bereits in Deutschland befindlicher Asylbewerber sei erfreulicherweise die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ eingeführt worden, die es diesem Personenkreis ermögliche, direkt in Deutschland eine Tätigkeit aufzunehmen. Dies beträfe in Deutschland geschätzt rund 80.000, in Bayern rund 15.000 Personen. Auch die Erweiterung der Westbalkanregelung zur Einstellung sogenannter Kontingentmitarbeiter sei zu begrüßen, da das einzig entscheidende Kriterium

der vorliegende Arbeitsvertrag sei – ein Vorgehen, das die IHK als einfaches generelles Grundsatzmodell für die Fachkräfteeinwanderung befürworte.

Die Auswertung der BIHK-Konjunkturumfrage habe gezeigt, dass 2023 kein Aufschwung in Sicht sei. Damit habe man sehr früh die spätere Entwicklung korrekt prognostiziert, anders etwa als der Bundeswirtschaftsminister oder der Bundeskanzler.

Erforderlich seien grundlegende wirtschaftspolitische Maßnahmen: Energieangebot vergrößern, Steuersystem überholen, Arbeitsanreize setzen, Kinderbetreuung ausbauen, Bürokratie abbauen, Freihandelsabkommen schließen. Kontraproduktiv sei dagegen das sogenannte „Energieeffizienzgesetz“. Das auf Bundesebene geplante Gesetz zur Einsparung des Energieverbrauchs, unabhängig ob fossiler oder erneuerbarer Natur, sei inhaltlich den meisten Politikern gar nicht bekannt. Es gehe erneut über EU-Vorgaben hinaus und verletze den Grundsatz der 1:1-Umsetzung. Ohne eine schrumpfende Wirtschaft könnten die Zielwerte nicht realisiert werden. Auf Unternehmen kommen neue Verpflichtung zu, vor allem eine Energieauditpflicht, aber auch eine Verpflichtung zur vollständigen Abwärmenutzung. Es drohen Geldbußen von bis zu 100.000 Euro.

Auch das geplante Strommarkt-Design gebe Anlass zur Sorge. Gaskraftwerke seien zur Sicherung der Energieversorgung unabdingbar, müssten jedoch vom Staat, also von der Gesellschaft, finanziert werden, da sie als reine Backup-Lösung in Zeiten der Dunkelflaute nicht rentabel betrieben werden können. Für den Erfolg der Energiewende sei dringend die Digitalisierung der Stromversorgung und somit eine umfassende Datengewinnung über den Energieverbrauch, ob in der Wirtschaft oder in den privaten Haushalten, nötig, bei der die traditionelle deutsche Skepsis gegenüber Datenerfassung im Wege stünde.

Wichtig sei auch die Debatte um die einheitliche Strompreiszone in Deutschland, welche die Bundesnetzagentur befürworte. Auch die Bundesregierung teile diese Sicht bislang. Jedoch kommen aus nördlichen Bundesländern zunehmend gegenteilige Forderungen auf. Nach empirischen Erkenntnissen aus anderen Ländern mit getrennte Strompreiszone hätte diese nicht dazu beigetragen, in Binnenregionen mit teurerem Strom vermehrt PV- oder Windkraftanlagen oder zusätzliche Netze zu errichten.

Ingo Schwarz bestätigt, dass die Lieferung digitaler Stromzähler derzeit Bayernwerk-seitig nicht erfolgen könne. Auch so würde die Digitalisierung des Stromnetzes aufgehalten. Bezüglich des geplanten Energie-Audits liege die Grenze zwar bei Unternehmen von mehr als 250 Mitarbeitern, jedoch seien allein kostenseitig aufgrund der Auditgebühren alle Unternehmen in der Lieferkette von Preissteigerungen betroffen.

Zum Top-Thema Bürokratieabbau weist Manfred Gößl darauf hin, dass in Zusammenarbeit von 57 Verbänden mehr als 400 Vorschläge gesammelt wurden, wie Bürokratieabbau gelingen kann. Es liege nun an der Politik, mit dem Fokus auf Umsetzen entschlossen zu streichen bzw. zu vereinfachen. Die IHK stehe der Politik dabei als Ratgeber zur Verfügung.

Hinsichtlich der Debatte um die Stoffgruppe PFAS befürworte die IHK eine risikobasierte Regulierung. Stünden Alternativen zur Verfügung, mögen diese genutzt werden. Für Produkte, bei denen PFAS nicht funktionsgleich ersetzt werden könne, seien

Pauschalverbote kontraproduktiv, im Medizinsektor sogar lebensgefährlich. Manfred Gößl verweist für Oberbayern insbesondere auf das Chemiesiedreieck, das u.a. noch den größten PFAS-Hersteller Europas beherbergt mit den ökologischsten Prozessen. Dieser Hersteller stünde auf der Kippe.

In den IHK-Berufen gab es 2022 in Bayern 119.000 Auszubildene, im Handwerk knapp 65.000. Fast 11.000 Absolventen von IHK-Meisterprüfungen standen rund 6.000 HWK-Meister gegenüber. Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in IHK-Berufen nehmen seit den Pandemieverlusten schon seit 2022 wieder zu. In 2023 sei man bisher in Bayern bei einem Wachstumstrend von etwa 6 Prozent zum Vorjahr. IHK-Ehrungsveranstaltungen unterstrichen die Wertschätzung von Auszubildenden, Meistern und auch ehrenamtlichen Prüfern, so Manfred Gößl.

Weiterhin berichtet Manfred Gößl über die politische Arbeit im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl und die bisher geführten Gespräche und Videotalks mit den Kandidaten. Zudem verweist er auf die geplanten Neuerungen für mehr Übersicht in der Kommunikation mit dem IHK-Ehrenamt und die für Jahresende vorgesehene Halbzeitevaluierung zur Mitte der IHK-Wahlperiode. Unter den kommenden Veranstaltungen hebt Manfred Gößl das „Europäische Parlament der Unternehmen“ in Brüssel, den IHK-Umweltdialog, den IHK-Jahresempfang und den Bayerischen CSR-Tag hervor.

Zurück liegt bereits der ruhestandsbedingte Abschied von Dr. Eva Moser als Leiterin des Bayerischen Wirtschaftsarchivs im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung zum 125-jährigen Firmenjubiläum der Kulttraktorenfabrik Schlüter. Eva Moser dankt der Vollversammlung für die stets angenehme und produktive Zusammenarbeit zwischen IHK München und Bayerischem Wirtschaftsarchiv. Dessen neuer Leiter ist Dr. Richard Winkler.

Für den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Peter Kammerer ist es die letzte IHK-Vollversammlung vor seinem Ruhestandseintritt Ende Oktober. Er verabschiedet sich mit einem Rückblick auf 32 Jahre IHK mit einer stets auf Augenhöhe geführten Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Hauptamt und vielen wertvollen Begegnungen, die sich über die Arbeit hinaus zu Freundschaften entwickelt haben. Peter Kammerer würdigt die besonderen Schwerpunkte der verschiedenen erlebten Präsidenten und Hauptgeschäftsführer. Zu seinem Abschied erhält er von der Vollversammlung stehenden Applaus.

Manfred Gößl stellt die weitere Entwicklung des Bereichs Region, Ehrenamt und Politik vor, dessen Leitung ab 1. November 2023 Elke Christian übernehmen wird. Die Überführung der bisherigen Abteilung in einen eigenen Bereich diene der Unterstreichung der Wichtigkeit dieser Themen in der IHK. Elke Christian, die seit 2013 in der IHK für München tätig ist, darunter die längste Zeit als Leiterin der IHK-Geschäftsstelle Ingolstadt, stellt ihren bisherigen Werdegang vor. Sie freue sich auf die künftige Zusammenarbeit als Mitglied der Hauptgeschäftsführung.

TOP 9 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen der Vollversammlungsmitglieder zu diesem TOP.

Klaus Lutz weist auf die kommenden Sitzungstermine hin und beendet die Sitzung um 18:10 Uhr.

München, den 11. September 2023

Industrie- und Handelskammer
für München und Oberbayern

Präsident



Prof. Klaus Lutz

Hauptgeschäftsführer



Dr. Manfred Gößl

Anlagen

1. Anwesenheitsliste